

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboptionspreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einfache 80 Pf. Durch die Post bezogen vierstöckig. M. 2.75, unter Band für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Fr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Fr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkosten werden die Gesetzte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Versandgebühren 25 Pf. Postkarten müssen bis spätestens 10 Uhr in der Expedition abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Mr. 178.

Dresden, Montag den 4. August 1913.

24. Jahrg.

In Barcelona wurde der Gesamtstaat verhindert. Beim Brand eines englischen Kohlenbergwerkes bei Cadiz sind 23 Bergleute verbrannt.

Bei einer Grubenexplosion in Gottsville wurden 18 Bergleute getötet.

In Kalkutta richtete die Polizei ein Blutbad an, bei dem 13 Personen getötet und 30 verwundet wurden.

Die bulgarische Regierung hat der Bulgarischen Konferenz die bulgarischen Vorschläge unterbreitet.

Politik des Reiches der Mitte. Es war ein glücklicher Aufstand, doch die Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süß während des Russisch-Japanischen Krieges erfolgten. Russland und England sind im nördlichen Osten zu sehr in Konkurrenz gekommen, um die Waffen im fernen Osten völlig auszunutzen zu können. Trotzdem zeigt die Haltung Russlands in der mongolischen Frage, die Unglücksfeierlichkeit des schon geschlossenen Abkommen über die Mongolei, dass der Zarismus sich auf neue asiatische Abenteuer vorbereitet. Auch die Siege der Tibetane durften kaum ohne englische Waffen möglich gewesen sein. Zugleich zeigt Japans Neutralität gegenüber den jetztigen Auslandsbewegungen, dass die alte Sympathie für die Mongolien erloschen ist. Die Ausweitung aller chinesischen Revolutionäre aus dem Kongressgebiet der Russen in Shanghai war für den Norden eine willkommene Hilfe. Früher wurden gerade die Mongolien von England und Japan in den Handelsdienstwerten geschlagen.

Vorläufige Reaktion im Sinne des Mandarinentums und der Kaufmannschaft im Innern, zunehmende Bedrohung der Außenprovinzen durch Russland, England und vielleicht Frankreich — das ist die wahrscheinliche Lage nach der Niederwerfung des Aufstandes. Dazu kommt steigende Anleihenlast des Reiches unter der Fuchtel der internationalen Großbanken. Endlich wird die mit dem vordringenden Kapitalismus zunehmende Proletarisierung der Bauern lokale Revolten zur Folge haben. Diese ausköhlenden Bauernbewegungen können bei der unsicheren äußeren Lage des Reiches sehr nachteilige politische Folgen haben.

Was sind die gesellschaftlichen Triebkräfte dieser südchinesischen Auslandsbewegung? Sowohl sich aus den Telegrammen erkennen lässt, handelt es sich um den Kampf der enttäuschten jungen Intellektuellen und ihres Anhangs im Bunde mit unzufriedenen Generälen und deren Truppen gegen den Absolutismus des chinesischen Kaisers, des Präsidenten Yuan. Es ist in China gegangen wie bei jeder bürgerlichen Revolution: Die Bewegung begann mit demokratischen Forderungen, die auch von der in Südchina wichtigen Kaufmannschaft unterstützt wurden. Die Gegner schlugen gegen die verrückte Mandatschau in den Norden weit. Verteilung der Ressourcen mit in den Kampf. Die Dynastie wurde hinweggesetzt und dann kam das Kompromiss mit dem nordchinesischen Beamtentum und den Kaiserlichen Truppen. Der alte Verräter Yuan, der sich gestellt zur rechten Zeit auf die Seite der Revolutionären zu schlagen gewusst hatte, wurde zunächst provisorischer Präsident der neuen Republik.

Und nun begann der Verzrat der Bourgeoisie. Yuan drängte in aller Stille die revolutionären Kantone aus den wichtigsten Beamtenstellen heraus. Er vertrieb die Kruppen zu seinen Gunsten, ließ unliebsame Generäle ermorden und mißachtete das Parlament, in dem er eine starke Mehrheit gegen sich hatte. Ferner erregte der Abschluß der großen chinesischen Anteile trotz der Opposition des Parlaments große Erbitterung unter den jungenrevolutionären. Der Abschluß dieser Anteile nach langwierigen, an Wechselseiten reichen Verhandlungen bedeutet in der Tat den Beginn der Abhängigkeit Chinas vom internationalen Finanzkapital. Die Bedingungen der großen Anteile erinnern an ägyptische und türkische Schuldverhältnisse. Die Haiderpolitik gegenüber dem russischen Kaiser in der Mongolei und die Widerholung in Tibet steigerten die Misströmung der Südschinesen. Es kam zum offenen Bruch und zur militärischen Erhebung. Die Rebellion brach aber überraschend schnell zusammen.

Die Ursachen dieses Zusammenbruchs sind klar: Die südchinesische Kaufmannschaft, z. B. die reichen Güter von Shanghai, die Handelskammer von Kanton unterstützten Sungai nicht. Die Bourgeoisie will Ruhe und Ordnung und Erhaltung eines großen chinesischen Marktes. Sie fürchtet die Folgen von Unruhen auf die auswärtige Politik, zumal das Erede von der Aufteilung Chinas wieder beginnt. Sie hat auch kein Interesse an der wirklichen Durchführung der Demokratie im amerikanischen Sinne. Dieser Traum der revolutionären Ideologen war gut, um die Massen gegen die Mandatshaus aufzupreisen, aber er hat jetzt seine Schuldigkeit getan. Es ist die in jeder bürgerlichen Revolution wiederkehrende Erschöpfung: Zunächst sind fast alle Massen gegen die Regierung und stärken das verhasste Regime. Dann beginnt der Kampf der Massen untereinander. Die radikalsten Elemente wagen einen letzten verzweifelten Vorstoß und werden besiegt. Dann kommt eine kontinuierliche Periode.

Sodann ist zu bedenken, daß in einem kleinen wie China, mit seinen großen Unterschieden der wirtschaftlichen Entwicklung und seiner stark bäuerlichen Bevölkerung, in welchen Gebieten das eigentliche Volk gar keinen Anteil an der Revolution nahm. Es kam vor allem darauf an, das Heer in der Hand zu behalten. Quanschau verfügte aber als früherer Gouverneur von Schantung und dann von Tschihi über europäisch ausgebildete Kruppen. Er ist außerdem einer der geistigsten Diplomaten alchinesischer Schule, der sich den modernen Verhältnissen doch anpassen weiß und vor seinem Verrat, vor keiner Unzucht zurücksteht. Gerade des Umstands, daß Yuan am Ende bleibt, macht den Zusammenbruch der Südschinesen so verhängnisvoll, da Yuan der Reaktion wohl nur wenig Widerstand entgegensetzen wird, wenngleich er und sein Anhang kein Interesse an der Wiederherstellung des alten Kaiseriums haben. Die republikanische Staatsform wird wohl erhalten bleiben.

Am wichtigsten sind die Folgen für die auswärtige

Triebkräfte verleiht. Der Patriotismus gehört sogar zur Geschäftstüchtigkeit. Doch er muss schließlich noch eine gewisse Ergänzung erfahren. Von Herrn v. Schütz wurde erwartet, daß er nach Essen allerlei wertvolle Informationen gelangen lasse, und diese Erwartungen täuschte er.

Da wurde ihm eben der Herr Brandt beigegeben. Man führte ihn in der Berliner Vertretung einer Arbeitsstellung ein: Der eine Beamte fandort fortzuhören, die nationale Seite des Unternehmens zu repräsentieren, der andere sollte, ohne daß man sich eine rechte Vorstellung mache, in welcher Weise dies zu geschehen hätte, mehr die unmittelbar materiellen Dinge im Auge behalten.

Man hätte für diesen Zweck ja nun auch einen Adeligen verwenden können, aber wenigstens einen ehemaligen Offizier oder auch einen Akademiker. Aber die Essener Firma dient demokratisch. Sie wählt einen ehemaligen Feldwebel, sagt sogar einen Mann aus dem Volle. Sie verfolgte damit eine Reihe von Absichten. Sie dachte vielleicht nicht daran, daß es dem leichter sein würde, mit aktiven Feldwebeln und Zeugleutnants in Verkehr zu kommen, sich mit ihnen familiärlich auszutauschen und bei der dritten Platte in den Rheinischen Winkelstücken dies und das von ihnen zu erfahren. Krupp wollte eben nur zeigen, daß er keine Klosterunterrichte kennt.

Und nun lieferte dieser neue Mann Berichte über Beziehungen. Er entwickelte einen geradezu fabelhaften Faser. Eine Kornwall folgte der andern, und die Schränke für die Geheimnisse füllten sich mit Material. Aber der ganze Fleiß war lächerlich und überflüssig, denn, wie der Direktor Kauzenberger als Zeuge aussagte, waren die Mitteilungen Brandts ganz unwichtig. Sie enthielten nur wenig geheimes Material. „Das meiste wußten wir, denn wir erfahren ja alles, was wir erfahren wollen.“

Beide erkennen wir, wie naiv und wie unüberlegt die Leitung der Armeen Werke arbeitet. Ein Beamter bekommt ein hohes Gehalt. Er liefert absolut unwichtiges Material, das — wir nehmen an in Erwartung eines Papierbaues — den Geheimnissen einverlebt wird, und dann gibt man diesem zweitlosen Menschen noch einige tausend Mark Funktionszulage, Weihnachtsgratifikationen und vergleichbare Wirtschaftsgratifikationen. Und der Herr Krupp von Böhlen-Halbach sollte da doch einmal nach dem Rechten sehen und sich fragen, ob das mit seinem Gewinde gerafft wird. Es geht doch auf die Dauer nicht an, einen Beamten für nichts und wieder nichts zu belohnen.

Aber wenn die Mitteilungen des Herrn Brandt auch unwichtig waren, so verteidigt sie doch, wie die anderen als Zeugen vernommenen Direktoren zugeben, allerlei Sachen und Sachen. Sie waren nicht aus der Luft gegriffen, und ihrer Abwender mußte gute Beziehungen mit unterrichteten Stellen unterhalten. Dass er keinen Zugang zu den höchsten Staats- und Militärbürokratien und zu den zuständigen Referenten im Kriegsministerium hatte, war in Essen bekannt. Aber wie er nun zu seiner Kenntnis gelangte, das machte der Direktor weiter kein Geheimniss.

Da war z. B. der Direktor Cecius. Der hatte gar keine Vorstellung von dem Verhältnis bei den militärischen Behörden. Wie das im Ausland ist weiß er ja, aber über die deutschen Verhältnisse ist er „außerordentlich ununterrichtet“, und über die Frage, wie Brandt seine Kenntnisse gesammelt haben könne, habe er niemals nachgedacht, sagt er.

Ein anderer Direktor, der die Generalvertretung in Berlin inne hat, batte wohl die Überzeugung, daß die Kornwalls nicht auf legalem Wege erlangt seien, aber „selbstverständlich“ dachte er nicht, daß bei ihrer Erlangung etwas Strafbartes vorgenommen sei. Beide hat er sich vor Bericht nicht näher über den Unterschied zwischen den nicht legalen und den strafbaren Handlungen ausgelassen.

Am meisten über die Sache hat noch der Direktor Mouth nachgedacht. Der hat sich in Essen sogar an den Kopf gesetzt und sich gefragt, woher nur Brandt seine offenbar auf Indiskrediten beruhenden Nachrichten haben könne, aber es ist auch bei ihm bei dieser Frage geblieben. „Wir tappen“, sagt er, „in Essen vollkommen im Dunkeln.“ Die in Essen haben keine Möglichkeit, das Dunkel zu lichten und es lag für sie auch keine Veranlassung zu einem solchen Verhältnis.

Wir fassen zusammen: Krupp schickt einen subalternen Beamten nach Berlin. Er weiß nicht recht zu welchem Zweck, aber er gewährt ihm 7000 M. Gehalt und 3500 M. Funktionszulage. Der Beamte setzt sich ganz auf eigene Faust und ohne daß er einen Antrag hätte, zu glauben, dies entspricht den Wünschen seiner Auftraggeber, mit Feuerwerken in Verbündung, die ihm für allerlei feindliche Gegenleistungen Mittelungen machen, zu deren Gehaltung sie verpflichtet gewesen wären. Die Mitteilungen sind zwar vollständig wertlos, aber das Essener Kalkulationsbüro will sie unter keinen Umständen entbehren und dem überflüssigen Beamten werden seine Bezüge verbessert. Die Mitteilungen tragen auch den Stempel der Indiskretion an der Stelle, über die Letzte des größten und nationalen Rüstungsunternehmens beschönigt sich darauf, sie an den Kopf zu setzen, und legen die, wie gelagt, verlorenen Utensilien in das Geheimarchiv.

Und da soll noch einer sagen, daß besondere Fähigkeiten dazu gehören, ein kapitalistisches Unternehmen groß zu machen, und da soll noch einer sagen, daß die Hauptabteilungen in der

Agrarische Begehrlichkeit.

Die Deutsche Tageszeitung bestreitet in einer Auszählerung mit forschrittlischen Blättern, daß der Bund der Landwirte für den neuen Hollaric extreme Forderungen aufgestellt habe. Das Blatt des Herren Dr. Oertel versichert, daß ihm derartige Forderungen nicht bekannt seien. So zu lesen auf der ersten Seite der Vorgängerausgabe der Deutschen Tageszeitung vom Sonnabend den 2. August 1913! Wendet man das Blatt um, dann findet man auf der zweiten Seite die Forderungen der deutschen Gärtner zu dem neuen Hollaric. Was die Gärtner hier verlangen, kann an Unverantwortlichkeit nicht mehr übertroffen werden. zunächst wünschen sie, daß der Kartoffelsatz, der jetzt in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 20 M. pro Doppelzentner beträgt, auf 6 M. erhöht werden soll. Die Kartoffelnummer 33, die Gemüse betrifft, soll nach den Wünschen der Gärtner in nicht weniger als 12 Unterabteilungen zerlegt werden. Für Rübenengelände besteht ein Zoll von 250 bis 4 M. Die Gärtner wünschen, daß der Zoll auf alle Rübenarten auf 20 M. erhöht werden soll. Schwartwurzel sind gegenwärtig frei; es soll ein Zoll festgesetzt werden von 30 M. Der Zoll auf Erbsen soll erhöht werden von 10 auf 20 M., der Zoll auf Gurken von 4 auf 20 M., der Zoll auf Salat von 4 auf 30 M. Gewächse zu Bindeteilen sind gegenwärtig frei, hier wird ein Zoll von 20 M. verlangt. Der Zoll auf Samen beträgt 4 M., nach den Wünschen der Gemüse-Agrarier soll er auf 10 M. erhöht werden.

Diese Hollaric würden ganz selbstverständlich eine ganz erhebliche Verkürzung der zur Vollernährung unbedingt notwendigen Gemüse bedeuten. Die Deutsche Tageszeitung wird natürlich behaupten, daß die Gärtner nicht der Bund der Landwirte seien, das ist zweitens richtig; aber der Bund der Landwirte ist es gewesen, der seit Jahren den Gärtner nahelegt, daß sie hohe Zölle verlangen müssten, und die unverhältnismäßigen Forderungen, die hier von den Gärtnera aufgestellt werden, sind das Produkt der Bearbeitung durch die Binder. Dieser Aufschwung für die künftigen Forderungen zum Hollaric läßt erkennen, wessen man sich von den Agrariern zu versetzen hat und es wird eine unabsehbare Notwendigkeit sein, rechtzeitig in die Abwehr dieser neuen Angriffe auf den Geldbeutel der Massen einzutreten.

Vorarbeiten für den Reichstag.

Eine Korrespondenz meldet, daß bei den zuständigen Regierungsstellen bereits einig an neuen Reichstagsvorlagen gearbeitet wird. Ein Entwurf über eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Reichsanwaltschaften im Reich ist im Reichsjustizamt bereits fertiggestellt, so daß anzunehmen ist, daß die Vorlage im Herbst dem Bundesrat und im Laufe dieses Winters dem Parlament zur Durchbearbeitung vorgelegt werden kann. In dem Entwurf werden in der Hauptsache die Urlaubsverhältnisse der Angestellten, die geeignete Fortbildung der Lehrlinge, die Prämie der Fortzahlung des Lohnes bei unbescholtener Dienstleistung geregelt. Dann wird ein Entwurf zur Abänderung des geltenden deutschen Beschlechts, der auf Grund der geschlossenen internationalen Vereinbarung einer Abänderung des geltenden deutschen Beschlechts vorliegt, den Bundesrat und den Reichstag im nächsten Winter beschäftigen. Weiter dürfte der Gesetzesentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen, der dem preußischen Staatsministerium bereits zugegangen ist, aller Voraussicht nach zu den gesetzgeberischen Aufgaben gehören, die in das Reichsparlament im nächsten Winter herantreten. In dem Entwurf ist sowohl die Regelung der Personen, wie auch der Sachschäden geregelt, wobei beachtigt ist, die Verstimmung über die Haftung für Personenschäden an Stelle der einschlägigen Vorschriften des Gesetzes vom 7. Juni 1871 treten zu lassen. In Vorbereitung befindet sich dann eine Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Die Verfassungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums ist mit der Ausarbeitung neuer Bestimmungen über die Entschädigung derjenigen Kapitäne und des Heeres beschäftigt, die gegen den Verzicht auf den Zivilverjüngungsschein einen Geldbetrag wählen. Diese Neuregelung soll dem Parlament in Gestalt einer Vorlage zusammen mit dem Haushalt von 1914 zugehen. Es sollen, wie eine militärische Nachrichtenquelle erichtet, hierauf u. a. auch auscheidende Unteroffiziere, die nicht die volle zwölfjährige, zum Empfang von 300 M. in der betreffenden Dienstzeit haben, fünfjährig in den Genuss einer Dienstprämie von vielleicht 500 M. nach sechs- bis achtjähriger Dienstzeit gelangen. Ebenso will man den Fall der älteren Unteroffiziere neu regeln, die erheblich über zwölf (und achtzehn) Dienstjahre im Heere verblieben. Es sollen insbesondere die Bezirksfeldwebel glücklicher als bisher gestellt werden.

Die Vertragung des Brüsseler Referendumspaktes. Neben die Vertragung des Termins, der auf den 1. August vor dem Oberkriegsgericht in Cassel angezeigt war, wird mitgeteilt, daß es sich um einen Auftrag der Verteidiger handelt. Die Verteidiger wollen neues Beweismaterial beibringen und aufgrund einer Anzahl Sachverständiger vernnehmen lassen. Der neue Termin soll erst im November stattfinden. Man rechnet damit, daß bis dahin der Bundesrat seine Zustimmung zu dem vom Reichstag angenommenen Entwurf gegeben haben wird. Schließlich bleibt allerdings, daß die Verteidiger diese lange Zeit in Hoffnung müssen.

Was schadet dem guten Ruf des Militärs? Der zivile Bürger wird vielleicht denken: Soldatenkämpfungen, herzloses Auftreten gegen das Zivilvolk, Kornwagenprozeß und dergleichen. Das Dresden Kriegsgericht hat aber noch einen ganz anderen Umstand gefunden, der dem guten Ruf des Militärs schadet, nämlich den, daß ein Russetier das Vereinsfest der Freien Turnerföderation besucht. Diese Sünde hatte sich der Russetier Günther aus Oppeln zuschulden kommen lassen, der vor seiner Würde als Mitglied des Arbeiterturnerbundes war. Ein Standgericht verurteilte ihn zunächst zu einer hohen Mittellarre, der Würdenträger legte aber Berufung ein und erreichte auch, daß das Kriegsgericht in Breslau die Strafe auf drei Wochen herabsetzte. Der Russetier Günther wurde als ein ordentlicher, williger Soldat geschildert, der nie bewaffnet sei und der zum Gefecht vorgesetzten werden sollte. Aber das Gericht fand eben, daß „das Kindheit und der gute Ruf des Militärs“ beim Publikum leiden, wenn es sieht, daß ein Soldat an einer jugendstilistischen Veranstaltung teilnimmt.

Breslauer Arbeitswilligkeitszuh. Wegen des Jurys: „Ich werde dir die Rolle schon zählen, Lump“ und ein paar ähnlichen Worten, die ein Kämpfer in Breslau zu einem Arbeitswilligen gewünscht haben soll, erhält der Organisierte von der Breslauer Strafanstalt zwei Wochen Gefängnis zugesetzt. Erklärend ist, sagte der Vorsitzende bei Begründung des Urteils, daß der Angeklagte in gleicher Weise (?) in die freie Willensbestimmung eines Menschen eingezwungen veracht habe. Ausschreitungen dürfen nicht milde geübt werden.“ — Breslauer Zeitung.

kleine politische Nachrichten. Bei dem militärischen Zapfenstreich in Paris folgten ungefähr 300 Personen der Musik unter den Arien: „Nieder mit den drei Jahren!“ Als die Polizei verjüngte, die Straße zu sperren, entstand ein wildes Handgemenge, bei dem neue Polizisten vertrieben wurden. — In Reims veranstalteten zahlreiche Antimilitaristen eine Straßenkundgebung und zogen unter dem Motto revolutionären Lieber durch die Straßen. Vor den Käfern ziehen sie Rufe gegen die Armee aus. Die Polizei schreit ein und nimmt nach einer heftigen Schlagerie 23 Mannschaften fest. — In der Nähe von Nizza wurde ein Versammlungsort von Sozialrevolutionären entdeckt. Es wurden viele Flugblätter, Aufrufe, soziale Pässe und Stempel verschiedener Parteien gefunden. Drei Personen wurden verhaftet. — Wie aus Tanger gemeldet wird, bringt eine Bande von Marokkanern in eine vor den Toren der Stadt gelegene Villa ein, tödet die beiden spanischen Wohntiere durch Gewehrschüsse und raubt vier Pferde, worauf sie die Flucht ergreift.

in den Ortschaften zwischen Dresden und Meißen bereits über 20 Personen vertrieben. Wie verlautet, hatte die Frau von einem irgendwo verstorbenen Arzt vor einigen Jahren angeblich einmal ein Rezept verordnet erhalten und dieses immer wieder von neuem anserigen lassen, begleitend das Mittel verkaufte.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarze

für den 5. August:
Nordostwinde, Bewölkungsanzunahme, Abschluß, noch kein erheblicher Niederschlag.

Betterlage: Die heutige Wetterlage hängt von einem schwachen Tiefdruck ab, das sich über Sachsen ausbreitet. Die Winddruckverteilung läßt aber erwarten, daß das Tiefdruck verschwindet. Solange jedoch die Westwind durchzieht, die sich über dem Ozean befindet, von uns abgelenkt wird, so lange sind erhebliche Niederschläge nicht zu erwarten. Im Laufe der Vorhergesagten ist jedoch der Eintritt von Bewölkung und Abschluß wahrscheinlich und sind leichte Niederschläge nicht mehr ausgeschlossen.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 6, Pariburg — 94, Brandis — 20, Melnit — 32, Beuthenthal — 37, Rausig — 3, Dresden — 150.

Dresdner Polizeibericht vom 4. August.

Geöffnet ist vermutlich das Fahrab Graben Nr. 60/288, das ein unbefestigter am 9. Juli in einer Schantwirtschaft der Magistratur gegen Facharbeiter verständigte und dieser nicht wieder abschloß.

Letzte Telegramme.**Der Krupp-Prozeß.**

Berlin, 4. August. Der vorliegende Vorfall haufte eröffnet die Verhandlung, deren Offenheit wieder hergestellt ist, um 9.30 Uhr. Vor Eröffnung der Verhandlung legt der Zeuge Brandt ein seine Frau betreffendes ärztliches Attest vor, daß seine Frau sich in verhandlungsfähigem Zustand befindet, sie kann aber den Weg zur Gerichtsstelle bei ihrer Revierärztin nur im geschlossenen Automobil zurücklegen. Die Benutzung der Eisenbahn sei ausgeschlossen, weil sie sich fortwährend beobachtet fühle. Der Gerichtspräsident beschließt, daß die Zeugin unverzüglich zu erscheinen hat. Der Angeklagte stellt dann gegenüber einer unrichtigen Zeitungsmeldung fest, er habe nicht behauptet, daß gegen den Zeugen Pius ein Verfahren wegen Spionage schwebte, wohl aber sei gegen ihn wie gegen andere Zeugen ein Verfahren in der gegenwärtigen Prozeßangelegenheit eingeleitet worden.

Der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsbeamter Goettens stellt darauf fest, wie lange die einzelnen Angeklagten in Untersuchungshaft gesessen haben. Nicht der Angeklagten drohte man überkauft keine Untersuchungshaft verhängt. Die anderen Angeklagten, mit Ausnahme Pfeiffers, hatten etwa einen Monat Untersuchungshaft, nur beim Angeklagten Pfeiffer betrug sie mehrere Monate.

Kriegsgerichtsbeamter Dr. Barthau gibt sobald folgende Erklärung ab: Der Angeklagte Pius hat im Verlaufe der vorhergehenden Verhandlungen mehrere Bemerkungen gemacht, die gegen meinen Willen waren und nicht zur Sache gehörten. Er hat mich beschimpft und peinlich ausgeführt, daß es falsch wäre, wenn man daraus den Schluß ziehen würde, daß er seine Schuld leugnen möchte. Dies sei ganz und gar nicht seine Absicht. Er hat mich ausdrücklich autorisiert, nochmals zu betonen, daß er das Material für fünf Monate gesehnt hat. Er gibt auch zu, nach wie vor, daß er gegen direkte Beschlüsse verstoßen hat. Er hat allerdings das Material geliefert im Vertrauen auf die Person des Herrn Brandt, der sich ihm gegenüber quasi als „Krupp“ aufspielte. Die Tragweite seiner Handlungswise hat er nicht übersehen.

Es kommt die Erklärung der Kriegsgerichtsbeamter, die Material aus der Artillerieprüfungskommission enthält, zur Bekanntmachung.

Sachverständiger Hauptmann Ellerbusch: Ich hatte sofort den Eindruck, daß der Verkörper nicht lange Zeit zur Einsichtnahme in das Artilleriematerial überbrachte habe, sonst wäre der Bericht genauer aufgestellt. Die Kriegsgerichtsbeamter machten den Eindruck, eines nur flüchtigen Eindrucks im Material.

Bulgarien und die Türkei.

Wien, 4. August. Die bulgarische Regierung soll bereit sein, der Türkei eine Verbesserung der Grenzlinie Enos-Widin zuzugeschaffen und Garantien bezüglich Sicherstellung der neuen Grenze zu geben. In Konstantinopel soll ein religiöser Vertreter des Sultans zugelassen werden, dessen Besitztum als neutral erklärt werden soll. In Konstantinopel selbst spricht man auch von der Absicht Bulgariens, mit der Türkei eine Eintritt einzugehen, da eine neue Annäherung an Griechenland ausgeschlossen sei.

Griechisch-Türkisches.

Konstantinopel, 4. August. Die Türkei beschloß, alle griechischen Handelsmänner, die vor Beginn des Krieges in Konstantinopel zurückgekehrt waren, sind zurückzugeben, und den Schiffen, die in Asien gebauten sind, die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten. Der bulgarische Sonderbeauftragte Natschewitsch hatte gestern nachmittag eine längere Unterredung mit dem Großwesir.

Anerkennung des griechischen Patriarchats in Rayodenien.

Saloniki, 4. August. Die Verbesserung Boszabonien, die damit rechnet, daß der bulgarische Einfluß nicht wieder zur Geltung kommt, ist bereit, das griechische Patriarchat wieder anzuerkennen und die bulgarischen Schulen abzuschaffen. In vielen Dörfern wurden die bulgarischen Kirchen wieder verbaut.

Grönlandsche Gemeindewahl.

Paris, 3. August. Nach den bis Mitternacht im Ministeum des Innern eingegangenen Meldungen haben die gelten vorgenommenen Ergänzungswahlen in einer Anzahl von Gemeindewahlen keine wesentliche Änderung im bisherigen Besitzende herbeigeführt. Nur im Département Var gewinnen die Sozialisten mehrere Sitze von den Radikalen. Unter den Gemeinden befinden sich Ministerpräsident Barthou, Wachtmarschall Baudin, der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge, Cheron, und der Präsident des Deputiertenkammer, Deschanel.

Ein Blutbad in Kaschau.

Kaschau, 4. August. Nach einer Prozeßverhandlung gegen die Haltung der Behörde von Kaschau und gegen einen Teil einer Moschee niedergebrannte Ich.

— 23 Bergleute verbrannt.

London, 4. August. Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Glasgow ist in einem Kohlenbergwerk bei Cadder Frieden ausgetragen. Man befürchtet, daß 23 Bergleute ums Leben gekommen sind.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Agrarische Vergehrlichkeit.

Die Deutsche Tageszeitung bestreitet in einer Auszändererhebung mit scharfschlächtlichen Blättern, daß der Bund der Landwirte für den neuen Zolltarif extreme Forderungen aufgestellt habe. Das Blatt des Herren Dr. Hertel vertheidigt, daß ihm derartige Forderungen nicht bekannt seien. So zu lesen auf der ersten Seite der Morgenaugabe der Deutschen Tageszeitung vom Sonnabend den 2. August 1918! Wendet man das Blatt um, dann findet man auf der zweiten Seite die Forderungen der deutschen Gärtner zu dem neuen Zolltarif. Was die Gärtner hier verlangen, kann an Universalität nicht mehr leicht übertrroffen werden. zunächst wünschen sie, daß der Kartoffelzoll, der jetzt in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 2,50 M. pro Doppelzentner beträgt, auf 6 M. erhöht werden soll. Die Tarifnummer 33, die Gemüse betrifft, soll nach den Wünschen der Gärtner in nicht weniger als 12 Unterabteilungen zerlegt werden. Für Rübenvergärtnerei besteht ein Zoll von 2,50 bis 4 M. Die Gärtner wünschen, daß der Zoll auf alle Kohlarten auf 20 M. erhöht werden soll. Schwarzwurzel sind gegenwärtig frei; es soll ein Zoll festgesetzt werden von 30 M. Der Zoll auf Erbsen soll erhöht werden von 10 auf 20 M., der Zoll auf Gurken von 4 auf 20 M., der Zoll auf Salat von 4 auf 30 M. Gewächse zu Vindbergen sind gegenwärtig frei, hier wird ein Zollzoll verlangt von 20 M. Der Zoll auf Samen beträgt 4 M., nach den Wünschen der Gemüse-Agrarier soll er auf 10 M. erhöht werden.

Diese Zollsätze würden ganz selbstverständlich eine ganz erhebliche Verteuерung der zur Volksnahrung unbedingt nothwendigen Gemüse bedeuten. Die Deutsche Tageszeitung wird natürlich behaupten, daß die Gärtner nicht der Bund der Landwirte seien, das ist zweifellos richtig; aber der Bund der Landwirte ist es gewesen, der seit Jahren den Gärtner nahegelegt, daß sie hohe Zölle verlangen müßten, und die unterschätzten Forderungen, die hier von den Gärtnera aufgestellt werden, sind das Produkt der Bearbeitung durch die Bündler. Dieser Aufschwung für die künftigen Forderungen zum Zolltarif lädt erkenen, wieviel man sich von den Agrarier zu versichern hat und es wird eine unabwendbare Notwendigkeit sein, rechtzeitig in die Abwehr dieser neuen Angriffe auf den Geldbeutel der Riesen einzutreten.

Borarbeiten für den Reichstag.

Eine Korrespondenz meldet, daß bei den zuständigen Regierungsstellen bereits einig an neuen Reichstagsvorlagen gearbeitet wird. Ein Entwurf über eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Reichsanwaltsangestellten im Reich ist im Reichsjustizamt bereits fertiggestellt, so daß anzunehmen ist, daß die Vorlage im Herbst dem Bundesrat und im Laufe dieses Winters dem Parlamente zur Durchsetzung vorgelegt werden kann. Zu dem Entwurf werden in der Haupthecke die Urlaubsverhältnisse der Angestellten, die geeignete Fortbildung der Lehrlinge, die Frage der Fortzahlung des Lohnes bei unverschuldetem Dienstlochraum geregelt. Darnach wird ein Entwurf zur Abänderung des geltenden deutschen Wechselschrefts, der auf Grund der geschlossenen internationalen Vereinbarung einer Abänderung des geltenden deutschen Wechselschrefts vorliegt, den Bundesrat und danach den Reichstag im nächsten Winter beschäftigen. Weiter durch die Gesetzgebung über die Haftpflicht der Eisenbahnen, der dem preußischen Staatsministerium bereits zugegangen ist, aller Voraussicht nach zu den geforderten Aufgaben gehören, die an das Reichsparlament im nächsten Winter herantreten. Zu dem Entwurf ist sowohl die Regelung der Personen, wie auch der Sachen zu bestimmen, wobei beachtigt ist, die Beleidigung über die Haftung für Personenschäden an Stelle der einschlägigen Vorschriften des Gesetzes vom 7. Juni 1871 stehen zu lassen. In Vorbereitung befindet sich dann eine Abänderung des Zwangsbesiegungsgesetzes.

Die Versorgungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums ist mit der Ausarbeitung neuer Bestimmungen über die Entschädigung derjenigen Kapitulantanten des Heeres beschäftigt, die gegen den Verzicht auf den Zivilversorgungsschein einen Geldbetrag wählen. Diese Neuregelung soll dem Parlament in Gestalt einer Vorlage zusammen mit dem Haushalt von 1914 zugehen. Es sollen, wie eine militärische Nachrichtenseite erfährt, hiernach u. a. auch ausscheidende Unteroffiziere, die nicht die volle zwölfjährige, zum Empfang von 300 M. in der berechtigenden Dienstzeit haben, fünfziglich in den Genuss einer Dienstprämie von vielleicht 500 M. nach sechs- bis achtjähriger Dienstzeit gelangen. Ebenso will man den Fall der älteren Unteroffiziere neu regeln, die erheblich über zwölf (und achtzehn) Dienstjahre im Heere verblieben. Es sollen insbesondere die Bezirksfeldwebel glücklicher als bisher gestellt werden.

Die Verfolgung des Gefürter Reisebüroprojekts. Neben die Ursachen der Verfolgung des Termins, der auf den 1. August vor dem Oberkriegsgericht in Cassel angelegt war, wird mitgeteilt, daß es sich um einen Antrag des Verteidigers handelt. Die Verteidiger wollen neues Beweismaterial bringen und außerdem eine Anzahl Sachverständiger vernnehmen lassen. Der neue Termin soll erst im November stattfinden. — Man rechnet damit, daß bis dahin der Bundesrat seine Zustimmung zu dem vom Reichstag angenommenen Ratifikationsgesetz gegeben haben wird. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Verurteilten diese lange Zeit im Hof bleiben müssen.

Was schadet dem guten Ruf des Militärs? Der zivile Bürger wird vielleicht denken: Soldatenmisshandlungen, berüchtigte Aufstände gegen das Militärvolk, Kornabsatzgesetze und dergleichen. Das Breslauer Kriegsgericht hat aber noch einen ganz anderen Umstand gefunden, der dem guten Ruf des Militärs schadet, nämlich den, daß ein Russetier das Vereinfest der Freien Turnerschaft besucht. Dicht Sünder hatte sich der Russetier Günther aus Oppeln aufzuhüften lassen, der vor seiner Militärzeit Mitglied des Arbeiterturnerclubs war. Ein Steindgericht verurteilte ihn zunächst zu einer Woche Mittelarrest, der Kriegsgericht legte aber Berufung ein und erreichte auch, daß das Kriegsgericht in Breslau die Strafe auf drei Wochen herabsetzte. Der Russetier Günther wurde als ein ordentlicher, williger Soldat gehandelt, der nie hervorgetreten sei und der zum Gefreiten vorgeschlagen werden sollte. Aber das Gericht fand eben, daß „das Ansehen und der gute Ruf des Militärs“ beim Publikum leiden, wenn es sieht, daß ein Soldat an einer sozialdemokratischen Versammlung teilnahm.

Breslauer Arbeitswilligenclub. Gegen des Durus: „Ich werde dir die Rose schon wilden, Kampf“ und ein paar ähnlichen Worten, die ein Klämpner in Breslau zu einem Arbeitswilligen gemacht haben soll, erhielt der Organisator von der Breslauer Stadtkammer zwei Wochen Gefängnis abgestraft. Erstaunlicher ist“, sagte der Vorsitzende bei Begründung des Urteils, „daß der Angeklagte in ziemlich gleicher Weise (...) in die freie Willensbestimmung eines Menschen eingriffen veracht habe. Ausdrückungen dürfen nicht milde geahndet werden.“ — Breslauer Sprache

Alte politische Nachrichten. Bei dem militärischen Japsen in den Ortschaften zwischen Dresden und Meißen bereits über 20 Personen verendet. Wie verlautet, hatte die Frau von einem ihrer verstorbenen Ärzte vor einigen Jahren angelich einmal ein Rezept verordnet erhalten und dieses immer wieder vom neuen ansetzen lassen, beziehentlich das Mittel verkaufte.

Prognose der östlichen Landeskriegerkriege

für den 5. August:

Nordostwind. Seewölzungszunahme, Abfahrt, noch kein erheblicher Riedelzug.

Wetterlage: Die heutige Aufheiterung hängt von einem schwach entwickelten Teilstrom ab, das sich über Sachsen ausbreite. Die Winddruckentfernung lädt aber erwarten, daß das Teilstrom verschwindet. Solange jedoch die Westwind durch Tiefe, die sich über dem Ozean befinden, von uns abgelenkt wird, so lange sind erhebliche Niederschläge nicht zu erwarten. Im Laufe der Vorhergesagten ist jedoch der Eintritt von Gewölk und Abfahrt wahrscheinlich und sind leichte Niederschläge nicht mehr ausgeschlossen.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 6, Paribus — 64, Brandis — 20, Meissn — 32, Leipziger — 37, Aue — 3, Dresden — 150.

Dresdner Polizeibericht vom 4. August.

Gestohlen ist vermutlich das Fahrrad „Grabau“ Nr. 69268, das ein Unbekannter am 9. Juli in einer Schanzwerkschaft der Magistrat gegen Rechtschulden veränderte und wieder nicht abholte.

Letzte Telegramme.**Der Krupp-Prozeß.**

Berlin, 4. August. Der vorliegende Oberst Haussa eröffnet die Verhandlung, deren Leidenschaft wieder hergestellt ist, um 9:30 Uhr. Vor Eröffnung der Verhandlung liegt der Zeuge Brant ein seine Frau betreffend ärztliches Attest vor, daß seine Frau sich in verhandlungsfähigem Zustand befindet, sie könne aber den Berg zur Berichtsschule bei ihrer Betreuung nur im geschlossenen Automobil zurücklegen. Die Benutzung der Eisenbahn sei ausgeschlossen, weil sie sich fortwährend beobachtet fühle. Der Gerichtsbeamte beschließt, daß die Zeugin unverzüglich zu erscheinen hat. Der Anklageverteidiger stellt dann gegenüber einer unrichtigen Zeitungsmeldung fest, er habe nicht behauptet, daß gegen den Zeugen Bush ein Verfahren wegen Spionage schwere, wohl aber seit jetzt sein, rechtzeitig in die Abwehr dieser neuen Angriffe auf den Geldbeutel der Riesen einzutreten.

Der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsbeamter Toeren stellt darauf fest, wie lange die einzelnen Angeklagten in Untersuchungshaft gesessen haben. Neben den Angeklagten Droste war überhaupt keine Untersuchungshaft verhängt. Die anderen Angeklagten, mit Ausnahme Pfeiffers, hatten etwa einen Monat Untersuchungshaft, nur beim Angeklagten Pfeiffer trug es mehrere Monate.

Rechtsanwalt Dr. Bornau gibt sodann folgende Erklärung ab: Der Angeklagte Hoge hat im Verlaufe der vorhergehenden Verhandlungen mehrere Bemerkungen gemacht, die gegen meinen Willen waren und nicht zur Sache gehörten. Er hat mich beauftragt und gebeten, auszufliehen, daß es falsch wäre, wenn man daraus den Schluss ziehen würde, daß er seine Zeugen leugnen wollte. Dies sei ganz und gar nicht seine Absicht. Er hat mich ausdrücklich autorisiert, nochmals zu betonen, daß er das Material für fünf Komplizen geleistet hat. Er gibt auch zu, nach wie vor, daß er gegen direkte Befehle verstohlen hat. Er hat allerdings das Material geliefert im Vertrauen auf die Person des Herrn Brant, der sich ihm gegenüber quasi als „Krupp“ ausspielt. Die Tugend seiner Handlungswise hat er nicht übersehen.

Es kommt die Lieferung der Normalzüge, die Material aus der Artillerie-Pfeilungsdampfmaschine enthält, zur Besprechung.

Sachverständiger Hauptmann Ellett: Ich hatte sofort den Eindruck, daß der Verdächtige nicht lange Zeit zur Einsichtnahme in das Artilleriematerial übrig hatte, sonst wäre der Bericht genauer auszuführen. Die Komplizen machten den Eindruck eines nur flüchtigen Einblicks ins Material.

Bulgarien und die Türkei.

Wien, 4. August. Die bulgarische Regierung soll bereit sein, der Türkei eine Verbesserung der Grenzlinie Eros-Midia zugestehen und Garantien bezüglich Rücksichtnahme der neuen Grenze zu geben. In Adrianopel soll ein zeitiges Berichterstattungsamt des Sultans zugelassen werden, dessen Residenz als neutral erklärt werden soll. In Konstantinopel sprechen spricht man auch von der Absicht Bulgariens, mit der Türkei eine Eintritt einzugehen, da eine neue Annäherung an Serbien ausgeschlossen ist.

Griechisch-Türkisches.

Konstantinopel, 4. August. Die Worte verständigte Griechenland, daß sie beschlossen habe, alle griechischen Handelsdampfer, die vor Beginn des Krieges in Konstantinopel zurückgehalten worden waren, unbeschadet und nicht zur Sache gehörten. Er hat mich beauftragt und gebeten, auszufliehen, daß es falsch wäre, wenn man daraus den Schluss ziehen würde, daß er seine Zeugen leugnen wollte. Dies sei ganz und gar nicht seine Absicht. Er hat mich ausdrücklich autorisiert, nochmals zu betonen, daß er das Material für fünf Komplizen geleistet hat. Er gibt auch zu, nach wie vor, daß er gegen direkte Befehle verstohlen hat. Er hat allerdings das Material geliefert im Vertrauen auf die Person des Herrn Brant, der sich ihm gegenüber quasi als „Krupp“ ausspielt. Die Tugend seiner Handlungswise hat er nicht übersehen.

Annäherung des griechischen Patriarchats in Makedonien.

Saloniki, 4. August. Die Bevölkerung Makedoniens, die damit rechnet, daß die bulgarische Einheit nicht wieder zur Geltung kommt, ist bereit, das griechische Patriarchat wieder anzuerkennen und die bulgarischen Schulen abzuschaffen. In vielen Dörfern wurden die bulgarischen Kirchen wieder verbrannt.

Frankösische Gemeinderatswahl.

Paris, 3. August. Nach den bis Mitternacht im Ministerium des Innern eingegangenen Meldungen haben die gestern vorgenommenen Ergänzungswahlen in einer Anzahl von Gemeinderäten keine wesentliche Änderung im bisherigen Ergebnis herbeigeführt. Nur im Département Var gewinnt die Sozialisten mehrere Sitze von den Radikalen. Unter den Gewählten befinden sich Ministerpräsident Barthou, Warceminister Baudin, der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge, Cheron, und der Präsident der Deputiertenkammer, Deschanel.

Ein Bluthof in Rostov.

Rostow, 4. August. Mohammedaner veranstalteten hier und an anderen Orten Protestversammlungen gegen die Haltung der Behörde von Kowpuk, die einen Teil einer Moschee niedermachen ließ, um eine Straße zu erweitern.

Rostow, 4. August. In Rostow zog die Menge nach einer Moscheewahlversammlung in einer Prozession mit zahlreichen Fahnen zur Moschee und begann, die Siegel der Moschee wieder entzünden. Der Distriktpolizeidirektor erschien mit einem Anordnung vom Polizei und forderte die Menge auf, auseinanderzugehen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Darauf schoß die Polizei 13 Personen, davon getötet und 46 verwundet. Von den Polizisten wurde einer erschossen und 46 verwundet.

23 Bergleute verbrannt.

London, 4. August. Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Glasgow ist in einem Kohlebergwerk bei Coalpit Heath ein Bergleute verbrannt. Man befürchtet, daß 23 Bergleute ums Leben gekommen sind.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.**Letzte lokale Nachrichten.**

Einen Abschlagsanfall erlitt im September der auf der Bahnstrecke Bautzen-Alberti-Anderl. Der in den dreißig Jahren lebende Mann, der über große Körperkräfte verfügte, zommt nur mit Mühe an Händen und Füßen gefesselt werden. Andere wurde zunächst nach der Verbandsstation in der Bahnstraße und dort im Automobil nach der Heil- und Pfleganstalt gebracht.

Wegen Abreibung wurde vor kurzem eine vorher in Bildberg, zuletzt in Görlitz wohnende Frau festgenommen und der Dresdner Staatsanwaltshof zugestellt. In diese Angelegenheit sind

Stadt-Chronik.

Grundjährlige Parteibattaten.

Doch in weiten Kreisen der Parteigenossen ein dringendes Bedürfnis dafür besteht, daß mehr als bisher unsere Parteiveranstaltungen der Erörterung grundfachlicher Fragen des Programms dienen sollen, bemois die Parteiveranstaltung am Sonnabend. Sie war von den Vorsitzenden der drei Kreise und vom Bezirksvorstand nach dem Reichstagswahlbericht und nahm einen lebhaften und interessanten Verlauf. Sie bevoalte eine fachliche Erörterung der prinzipiellen Teile der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Militärfrage überhaupt unter dem Gesichtspunkt der Zustimmung unserer Abgeordneten zu den Declarationsvorlagen. Richtig in dem Sinne, daß über die eine oder andere Seite zu Gericht geschaffen oder Verdacht erhoben werden sollten. Man muß vielleicht auch im vorliegenden Falle der gehannten Reichstagsfraktion ohne weiteres unterstellen, daß sie das Recht gewollt habe. Man kann auch nicht versichern, daß gewisse Schwierigkeiten bestehen, die die Erörterung der Fraktion in etwas erklärlich erscheinen lassen. Die Genossen müssen jedoch über die Vorgänge genau orientiert sein, um sich ein Urteil Bilden zu können.

Die Versammlung war hierfür befähigt, auch aus der Umgebung Dresden war eine größere Anzahl Genossen erschienen. — Der Referent, Reichstagsabgeordneter Genosse Röhlke, verhandelte es ausschließlich, denn ihm eine feste principielle Grundlage zu geben und von da aus die Frage zu beleuchten. Er interessiert mehr auch die Auffassung, die er über einzelne für die Sache in Beirat kommende Vorgänge in der Reichstagsfraktion habe. Eine rechtlich fächerförmig übündigen Ausführungen fanden während und am Ende des Fortgangs stürmischen langen Vorfall. Der Referent gehörte in der Fraktion zu der 37. Mannschaft Wittenberg 1/2 gegen 27, die dem Militärschlüssel unter den eckenden Hindernissen durch die direkten Stimmen verzweigten wollte. — Die Debatte nahm einen ununterbrochenen, aber jählichen Verlauf. Als Redner traten bis auf eine Ausnahme nur bekannte Parteidreher und Agitatoren auf, u. a. auch unter alteren Freunden. Abgeordneter des 6. Wahlkreises, der sich rückhaltlos zum kubischen Standpunkt bekannte. Aber auch die Redner, die den Standpunkt der Fraktion mehrheitlich vertreten und verteidigen, kamen reichlich zum Wort, so daß die Versammlung wohl in der Lage war, sich ein Urteil zu bilden. Ein Redner wurde nicht gefaßt, sollte auch nicht gefaßt werden. Es wird vielmehr Sache der Parteiveranstaltungen der einzelnen Wahlkreise sein, soweit sie das für nötig halten. Nach einem kurzen temporettwollen Schlußwort des Referenten und einigen periodischen Bewerungen erreichte die Versammlung um Mitternacht ihr Ende. Einen ausführlichen Bericht finden die Leute an anderer Stelle. Genosse Bradnauer kommt der Versammlung leider nicht beiwohnen, da er fern von Dresden seine Ferien verbringt.

Die Polizeiabteilung hat sich dem Einberufer gegenüber auf dem Standpunkt gehalten, daß von ihr die Versammlung als eine öffentliche angefaßt werde. Sie batte infolgedessen verlangt, daß die Versammlung als öffentliche politische bekannt gemacht oder angemeldet werde. Man hatte sogar durchdringen lassen, daß mit der Auflösung zu rednen wäre, wenn den Ansichten der Polizei nicht entsprochen würde. Bis unmittelbar der Standpunkt der Polizei ist genug schon daraus hervor, daß eine Versammlung, in der nur Vereinsmitglieder gegen Ausweis zugelassen werden, selbstverständlich nicht als öffentliche bekannt gemacht werden kann. Denn dann müßte eben jedermann Zutritt haben, wie z. B. in Volksversammlungen. Obwohl sich die Dresden-Polizeiabteilung auf Entscheidungen in Preußen bezieht, wird doch dafür gejagt werden müssen, festzuhalten, ob ihr Standpunkt sich mit Sinn und Wortlaut des Gesetzes deckt. Wir bestreiten das ganz entschieden!

öffnet. Mit Rücksicht darauf, daß er mehrfach vorbestraft ist, darunter wegen Betrugs, wurde ihm vom dörflichen Stadtrat die Ausübung des Gewerbebetriebs unterstellt. Diese Verfügung ist rechtsschäftig geworden. Darauf ist R. nach Radbeul verzogen und hat dort sein Gewerbe ungeadert der Untersuchung weitervertrieben. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt erließ infolgedessen gegen ihn wegen Übertretung der Vorschriften in § 85 und 148, Jiffer 4 der Gewerbeordnung eine auf 100 M. Geldstrafe lautende Strafverfügung. Schöffengericht und Berufungsinstanz bestätigten die Strafe. Nach den gerichtlichen Feststellungen bestand der Geschäftsbetrieb des Angeklagten darin, daß R. nach einem besonderen Formular, das die Auftraggeber unterzeichneten mussten, Verträge mit Leuten abschloß, die außenstehende Forderungen beitreten wollten. Die Forderungen wurden zum Zwecke der Einziehung an den Angeklagten verkauft, der Kaufpreis aber erst dann gezahlt, nachdem die Forderung ganz oder teilweise eingetrieben war; er rückte sich ganz nach der Höhe des eingetriebenen Geldes und betrug in der Regel 80–90 Proz. davon. Die Auftraggeber mußten ferner zur Besteitung der Illos gewisse Gebühren entrichten. Waren die Forderungen ganz uneinnehbar, so wurden sie vom Angeklagten wieder zurück abgetreten. Da diesem Geschäftsbetrieb wurde eine Verfolgung fremder Rechtsangelegenheiten erblieb, die nach § 85 der Gewerbeordnung unterstellt werden kann, wenn es dem Betreffenden an der erforderlichen Zuverlässigkeit mangelt. Das Ganze laufe auf eine Umgehung des Gesetzes hinaus. — Die gegen seine Verurteilung vom Angeklagten eingelegte Revision machte geltend, aus dem Vertrag gehe nicht hervor, daß der Angeklagte fremde Rechtsangelegenheiten befrege. Die Abrechnungen erfolgten nicht nur zum Scheine, bestätigt vielmehr zu Recht. Es hätte auch nachgeprüft werden müssen, daß zur Unterstellung des Gewerbebetriebes seine Veranlassung vorgelegen habe. Die Verstrafen des Angeklagten lägen bereits so lange zurück, daß man gegenwärtig nicht mehr annnehmen könne, daß Zuverlässigkeit die Verurteilung zur Verfolgung fremder Rechtsangelegenheiten sei, gehe dem Angeklagten ab. Das Oberlandesgericht verworf das Rechtsmittel.

Verhafte. Von einem Geschäftsbetrieb überfahren wurde auf der Kesselsdorfer Straße eine in der Herberstraße wohnhafte Schreibmaschinenlehrerin. Sie erlitt hierbei erhebliche Hautabschürfungen und sehr schmerzhafte Quetschungen. — Zu der Nacht zum Sonnabend stürzte der nach Hause zurückkehrende Schneider Ott im Hause Wallstraße 17 die Treppe hinab und zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß er am Sonnabend vormittag starb.

Selbstmordversuche. In der Nähe der Marienbrücke stürzte sich ein 15-jähriges Dienstmädchen in die Elbe; es wurde von Schiffern wieder an Land gebracht und der Herrschaft zugeschüttet. — Wegen unheilbaren Leidens verlor sich ein auf der Briesnitzstraße wohnender Schuhmacher den Hals durchschneiden. Der Mann wurde noch lebend nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht.

Vermischte Nachrichten. Ein Schwindler, der angibt, erste eine neue Wohnung zu beziehen, ist in den letzten Tagen bei Pianofabrikanten und Händlern in dieser Stadt erschienen, um Instrumente zu erwerben. Der Betrüger gehört vermutlich dem Kaufmannsstande an, steht in der Mitte der zwanziger Jahre und tritt gewandt auf. Es dürfte sich um jenen Unbekannten handeln, der schon seit einiger Zeit in anderen Städten gleiche Beträgereien verübt. — Ihren Bruder und zwei Töchter erlegte im Krankenhaus Friedrichstadt die Nöchin Röhrer, die sich am Donnerstag abends auf einem Getreideselde in der Nähe des Sankt-Pauli-Friedhofs mit Petroleum übergossen und dann angezündet hatte. Vor Ausführung der Tat hatte die Lebensmittel das Geld für die Beerdigungskosten gerecht gelegt. — Infolge der in Vorstadt Cotta herrschenden ungünstigen Fahrtverhältnisse zur dortigen Dampfschiffahrt verlor am Sonnabend ein Bierwagen um, wobei acht Tonnen Bier in die Elbe kollerten. Es gelang schließlich mit vieler Mühe, sechs Fässer zu bergen, während zwei Tonnen in der Elbe verschwunden sind.

Kinderchukommission.

5. Kreis. Nachmittag Badepartie nach Aloisie. Abends zurück mit der Bahn. Abmarsch früh 9 Uhr vom Schützenplatz und Sachsenplatz. Proviant, Kaffeebüschchen, Badezeug und 25 Pf. für mitzubringen.

6. Kreis. Briesnitz-Leutewitz. Mittwoch den 6. August Spieltag. Treffpunkt für Cotta um 3 Uhr am Spielfeld des Turnvereins Briesnitz-Cotta, Hebelestraße. Für Briesnitz-Leutewitz 2½ Uhr am Bismarckplatz.

Gewerbegericht.

Eine Haagerforderung von 25 M. machte der Humorist und Liederländer Walter Kreuter gegen die Schantwirtin Zeitzler geliefert. Der Kläger behauptet, er sei mit seiner Frau und einem Dienstboten für einen Nachtmahlabend von dem Schantwirt dem Wagen engagiert worden. Da er nicht spielen durfte, verlangte er die Entschädigung. Er will jedoch den Kläger nur für den Fall engagiert haben, daß das Zusammentreffen dieser kleinen Gesellschaft "oben" genehmigt wird. Aus der Feststellung der Vereinbarungen durch das Gericht ergibt sich jedoch, daß der Kläger bedingungslos engagiert war. Vergleichsweise gibt sich der Kläger mit 12,50 M. Entschädigung zufrieden.

Wegen 67,67 M. Lohnentzündigung klage die Kellnerin Weber gegen den Gastronom Schubert. Sie wurde ohne Anklage entlassen. Der Kläger behauptet, er habe mit ihr ausdrücklich Lohnzündigungsnachschlag vereinbart. Das wird jedoch von der Klägerin ganz entschieden bestritten. Die Parteien einigen sich schließlich auf 10 M.

Der Schantwirt Stützner betreibt das Dampfschiffrestaurant auf dem Elbcampus Augustia-Victoria. Bei ihm war die Wirtshausherin Büttner in Stellung. Diese behauptete, sie sei von B. ohne Anklage entlassen worden, während B. die Sache so darstellt, als sei die Wirtshausherin in vollstem Einvernehmen mit ihm selbst gegangen. Die Wirtshausherin fordert 11 M. Lohnentzündigung und die Herausgabe eines Pelzes, den ihr der Kläger gekauft habe. Der Kläger bestreitet entschieden, ihr den Pelz gekauft zu haben. Der Pelz gehörte seiner Frau, sei einige Hundert Meter weit und er habe ihr der Klägerin nur zum Tragen gegeben, damit die Mutter nicht hinein kommen. (1) Das längst nun zwar wenig glaubhaft, denn die Mutter kommen doch wohl nur in der warmen Jahreszeit in einen Pelz, wenn man ihn nicht tragen kann. Eher ist die Darstellung der Klägerin glaubhaft, die die noble Schenkung damit erklärt, daß sie schon vor Beginn des Arbeitsverhältnisses mit dem Beklagten ein Liebesverhältnis hatte und das dadurch erst das Arbeitsverhältnis zustande kam. Durch eine Zeugin wurde übrigens glatt bestätigt, daß die Klägerin entlassen wurde und daß sie sogar Lohnentzündigung beansprucht hat. Der Beklagte zahlt ihr vergleichsweise 5 M. und überwies weitere 5 M. dem Gericht zur Auszahlung für die Ferienkolonie. Die Klage wegen Herausgabe des Pelzes muß die Klägerin zurückziehen und bei dem Amtsgericht anbringen, weil es sich nicht um die Forderung aus einem Arbeits-, sondern aus einem Liebesverhältnis handelt und daher das Gewerbegericht nicht zuständig ist.

Eine farbige Krone lag dem Gericht zur Entscheidung vor in einer Klage eines Hausmeisters im Mittweidaerbad gegen den Schantwirt Gebhardt wegen 35 M. Lohnentzündigung. Der Schantwirt meinte mit der vertrümelten Frau ganz innige Beziehungen an und zeigte sich ihr dafür jedesmal durch Gewährung eines Geldbetrags von 3 M. erkennbar. Hinter diese Extrabagatzen des Wirtes kam aber dessen Chefraum und es gab Stoffe. Die hintergegangene Chefraum machte keine Wirtschaft und segte das Bahnmeisterhaus hinzu. Der Schantwirt mußte die verlangte Entschädigung begleichen, denn er konnte natürlich keinen Vertrag mit der Klägerin nicht als Entlastungsgrund geltend machen. Vorwörder: Obergewerberichter Stübing, Unternehmerbeirat: Postkellerei Seiter und Wirtshausher Schöne.

Aus der Umgebung.

Briesnitz. Mittwoch den 6. August, abends 7½, Uhr, findet im Gemeindeamt öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt.

Häbergorbit. Für die Genossinnen findet am 5. August ein Wandertag statt. Abmarsch mit Rast 8½, Uhr von Hofmann. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Gittersee. Heute Montag findet im Gasthof zu Gittersee öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Döhlen. Morgen Dienstag, abends 8½, Uhr, öffentliche Gemeinderatsitzung.

Schmiedeberg. Der Gemeinderat nahm in der letzten Sitzung Kenntnis von dem Entwurf der Satzung des Gemeindeverbandes für die allgemeine Ortsteilstruktur und für die Landstrukturkreise Dippoldiswalde-Land und gab seine Zustimmung. In den Gemeindeverband wurden als Vertreter für Schmiedeberg der Gemeindevorstand und der Gemeindeschultheiß gesetzt.

Eine fragwürdige Schlussrechnung!

An der hiesigen Bürgerlichen Presse wird berichtet:

Die Zählungsergebnisse für den Kinder- und Jugendbeitrag 1913 stimmen nicht mit dem Ergebnis von 1912 überein. So kommt der 1. Kreis der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt mit diesem einzigen Gemeinden der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt und Dresden-Stadt, die den besonderen Erfolg des Plattenbaus angelebt, kein hübsches, verträgliches Ergebnis. Denn für jede Einheit und den Standpunkt der Fraktion ist es schwer zu erkennen, ob die tatsächliche Versammlung die entsprechenden Vereinigungen erreichte. Eine fragwürdige Schlussrechnung!

Es wäre sehr erwünscht, doch zu erfahren, wie hoch die Verträge sind, die zeitige Gemeinden erhalten haben, damit sich die Lesehülfe ein richtiges Bild machen kann, wie hoch die „Unlösbar“ waren. Wenn man die Verträge, die vier einzeln ausgegeben sind, zusammenrechnet, kommt ein Betrag von rund 105.640 M. heraus. Dennoch entfielen also auf Unschein und einige Gemeinden der hohe Betrag von rund 43.750 M. Warum gibt man nicht aus den Verträgen, die den Gemeinden zwischen, wievielen? auflossen, um einzusehen an? Warum sagt man nicht klar und bestimmt, wie hoch die Unlösbar waren?

Vielleicht wird auf diese Fragen nun doch noch eine Antwort gegeben. Steine wäre aber auch eine!

Noch eine Frage möchte gestellt werden. Es sind drei Verträge ausgelegt worden für die Personen, die den finanziellen Beitrag des Plattenbaus um richtig lächerliche Ratenzahl auch auf das Unlösbarste und wie hoch waren sie? Es wäre sehr erwünscht, zu wissen, ob man das für arme kraue Kinder bestimmte Geld auf die Weise mit verdeckt hat. —

Infoshub und Gewerbeordnung.

Ein Kaufwartin R. hatte vor einiger Zeit in Radeberg unter der Bezeichnung „Selbsthilfe“ ein Infoshub und

Ein Hochstapler wurde in Böhla festgenommen, der unter dem Namen Baron Edgar von Schneller mit einem Grundstücksbesitzer wegen Aufkaufs einer Villa und mit einer Automobilfirma wegen Erwerbung eines Autos in Verbindung getreten war. Auch eine Familie hat er zu schädigen gewußt, bei der er sich unter einem hochtrabenden Namen Eingang zu verschaffen gewußt hat. In ihm wurde ein stellenloser

Gemeinschaftliche Parteiversammlung der drei Dresdner Kreise.

Die Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine und der Bezirksvorstand Dresden hatten für Sonnabend zu einer gemeinschaftlichen Parteiversammlung im Reichstagsaal eingeladen. Vor Eintritt in die Tagessitzung teilte der Vorsthende, Parteisekretär Röhl, mit, daß die Parteiaktion die Versammlung als eine öffentliche politische Versammlung betrachte, da bei der starken Mitgliedszahl der drei Vereine von einer gesetzlichen Vereinslizenz nicht geredet werden könne. Sie forderte deshalb die Annahme der Versammlung als öffentliche politische Versammlung und rügte bei einer einzigen Ausweitung der überwundenen Beamten die Auflösung in Aussicht. Darauf wurde die Verhinderung als Mitgliederversammlung angemeldet, dabei aber bemerkte, daß eine rechte Frist hierzu nicht anerkannt werde.

Die Versammlungen beauftragten die Parteileitung, gegen die Maßnahmen der Polizeidirektion die nötigen Schritte zu tun.

Über Die Stellung der Reichstagsfraktion zu der Wehr- und Friedensvorlage referierte dann der Reichsabgeordnete Otto Mühl. Bei der Frage, die erörtert werden sollte, handelte es sich um Prinzip und Tatsat. Um Dinge, die uns einen und solche, die uns freuen. Wenn die legten Reichstagsmännen die Hoffnung aufzummen ließen, daß die Regierung vorsprechend werde, so sei die Hoffnung enttäuscht worden, ebenso wie die Hoffnung zauderten würde, daß der Militarismus weniger gefährlich werde. Mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus sei auch der Militarismus gemacht und zwar in derselben Progression. Es sei daher kein Zufall, daß die Militärvorlagen immer größer wurden und alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme in ihren Rauhern zogen. Wir seien in der letzten ungeheueren Militärvorlage die treibende Kraft des Imperialismus und des Großkapitals, die durch diese Macht ihre eigene zu beschützen suchen, um ihre Weltmachtpolitik zu fördern. Die Partei sei sich in der Sichtung zum Militarismus einig. Wenn wir dem Kapitalismus als Feinde gegenüber stehen, so auch selbstverständlich dem Militarismus. Nun ist mehr, weil die höchste Kommandogewalt zum Ausdruck gebracht habe, daß das Heer berufen sei, auch den inneren Feind zu bekämpfen und das Volk niederrzuhalten, daß die Soldaten eventuell am Vater und Mutter ziehen müssen. Nur liegt aber die eigentliche Macht des Militarismus in den Mitteln, mit denen er erhalten wird. Darum genüge es nicht, dem Militarismus mit Reden und Verbesserungsvorschlägen zu Leibe zu gehen, es müßte vielmehr die Soldaten und das Geld verhindern werden. Also: Tiefem System seines Mann und seinen Freunden! Nun hat die Fraktion mit lautester Stimme gegen die ungewisse Vernehmung des Gesetzes protestiert. Sie hat den Militarismus in Auftrag gelegt und bat ihn Spucken lassen zu lassen. Wenn er auch nicht besiegt werden könnte, so ist er doch bestellt worden in der glänzenden Schlacht, die je gegen ihn geslagen wurde. So weit habe die Fraktion ihre Fähig in vollem Maße gezeigt. Auch mit der Zulassung der zweiten Zeitung der Militärvorlage könne man einverstanden sein. Anders sei es aber mit der Sichtung der Fraktion zum zweiten Teil der Röderung; diesem System seinen Freunden! Wir haben immer verlangt, daß das System der indirekten Steuern fallen soll und wurden stets drastisch abgewiesen. Da brachte die neue Militärordnung den Wehrbeitrag. Das schien ein Bruch der bisherigen Tradition, ein Umsturz in der Steuerregelung. In allen Artikeln der Parteipresse wurde dieser Umsturz als ein Erfolg des Wahlkreis und der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten gefeiert. Scheidemann behauptete, die Regierung sei durch den Wahlausfall auf den neuen Weg gedrängt worden. Dies sei aber nur eine Erklärung, niemand wisse es genau. Es sei bestimmt, sich bei politischen Rahmenkämpfen vom Wutmauthungen leiten zu lassen. Tatsachen sprechen klarer. Auf diesen Boden wolle Redner die Versammlung führen. Die Regierung sei seiner Ansicht nach nicht zu einer besseren Einsicht gekommen, sondern sie sei dadurch auf den neuen Weg gedrängt worden, daß es die unmöglich war, neue Anleihen aufzunehmen. Das war der wahre Grund zu dem Umsturz in der Steuerregelung. Weiter der Umstand, daß der Reichstag in der steuerlichen Belastung des Volkes erreicht war. Das bewiesen die Tabellen des Reichsbudgets. Die Regierung mußte bei den großen Mitteln, die der Militarismus braucht, auf neue Steuern sinnen, sie mußte notgedrungen die Besiegenden lasten. Sie war diesmal gar nicht in der Lage, neue indirekte Steuern aufzutragen, und es habe darum gar keine indirekten Steuern abzuwenden oder zu verhindern gegeben. Ein Umsturz in der Steuerregelung sei das nicht, auch kein Erfolg des Wahlausfalls und der 110 Sozialdemokraten. Nun sei der Wehrbeitrag zweifellos eine direkte Steuer. Sie mußte und sympathisch sein, weil wir direkte Steuern fordern. Es fragt sich nur, ob diese platonische Liebe dazu führen dürfte, für den Wehrbeitrag zu stimmen. Lange sei in der Fraktion darüber gestritten worden und schließlich sei mit 52 gegen 37 Stimmen der Wehrbeitrag gefaßt worden, für den Wehrbeitrag zu stimmen. Der Kampf war so hart, daß ein Teil der Genossen sagte, sie könnten nicht gegen ihre politische Überzeugung abstimmen, sie müßten deshalb dagegen stimmen oder bei der Abstimmung hinzugeben. Schließt wurde, um eine geflossene Palame herzuführen, auf dem Boden der bekannten Erklärung, die Genosse Haase vor der Abstimmung abgab, eine Einigung erzielt. Die Sozialdemokraten haben dann geslossen für den Wehrbeitrag gestimmt.

Wir fordern direkte Steuern als Erfolg für die indirekten. Aber nur dort, wo eine direkte Steuer befreit werden könnte, können wir praktisch für sie stimmen. Dies geht nicht durch den Wehrbeitrag nicht und deshalb entspricht er auch unserer Vorstellung nicht. Dazu kam der ausgeschlagende Punkt, den Militärbeamten anzudringen, ihn zu fristigen. Seine Volksbedienlichkeit bleibt aber die gleiche, ob ihm die Reichen oder die Armen bezahlen, ob er durch direkte oder indirekte Steuern erhalten wird. Dem gegenüber ist gefaßt worden, daß drückt ja die Erklärung aus. Über diese Erklärung bliebe eine leere Erklärung, wenn fünf Minuten nach ihrer Abgabe eine diesem Volkssindlichen Militarismus die Quelle seiner Straft erschlossen werde. Darüber lachten die Gegner und sagten: So gelöst und die Sozialdemokratie: Sie mögen über den Militarismus lachen, so viel sie wollen, wenn sie nur die Mittel bewilligen. Der Verwendungsgesetz darf also nie aus den Augen gelassen werden. Wenn nun weiter gezeigt werden bei, daß dadurch, daß die Besiegenden bezahlen, ihr Rümmungsfeuer abgeschafft werde, so sei dies falsch, weil die ehemaligen Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung die überparteilichen Parteien jungen, alle für den Militarismus zu bewilligen. Genosse Körner habe dies aus seiner Kenntnis der englischen Verhältnisse nachgewiesen. Die Konsequenz werde im Laufe noch ganz andere Folgen auf sich nehmen. Sie erhalle ja das, was sie geben, durch den Militarismus zum Teil wieder zurück, zum andern Teil würde sie die Kosten auf die breiten Massen ab. Der Wehrbeitrag hätte von uns abgelehnt werden können, weil er durch die anderen Parteien doch angenommen werden wäre. Mit seiner Bewilligung hat sich die Fraktion auf eine schwache Ebene begeben. Das Schädel der Kreislinien hätte uns außer bewußten sollen und wir hätten dem Grundsatz neu bleibend folgen: Diesem System keinen Mann und aus seinen Freunden!

Auch der Vorsitzende zum achten Steuer hätte nicht zugestimmt werden dürfen. Eine Reichstagsausbildung durfte uns dabei nicht fordern, da wir in der günstigsten Situation gewesen wären. Und füllt womit ehrbare Abstände verloren gegangen wären, so hätte uns das nichts geschadet. Sicherlich hätte die Sozialdemokratie noch größere Anfangen, als nur möglichst viel Mandate zu ergattern. Das nächste wäre gewesen, der Regierung das verpflichtende Gesetz vor die Füße zu werfen, in Tausend von Versammlungen dem Volk die sozialdemokratische Aussicht des Sachlage zu vermitteln und den Parteidien zu bestreiten, was geschehen sollte. Wenn gesagt wurde, die Massen hätten es nicht verstanden, wenn gegen diese Steuer gestimmt worden wäre, so sei dies eine schwache Argumentation und bedeute eine falsche Einschätzung der Parteianhänger. Wederreiche und

Veter hätten 1870 gegen Kriegsanleihen gestimmt und seien verstanden worden, Sozialrechte wurden abgelehnt ohne Widerspruch der Massen. Welcher Krieger würde es sein, die jegliche Haltung der Fraktion verständlich zu machen. Wenn das Volk in larger Zahl den kommenden neuen Militärvorlagen entgegne, daß alles Gute, was vorangegangen wurde, nicht einzuführen, dann wird es schwer werden, die Fraktion zu verteidigen, und vor würden das Vertreten der Waffen vertilzen. Nach dem Bericht des Parteidienandes seien in 9 Monaten nur 12.000 neue Anhänger geworden. Darunter ganze 2500 Männer. Viele Parteidien und waren Abonnenten verloren. Das ist ein besondremes Ergebnis für die Werbewirksamkeit der Partei. Bei der Zeit ist der Fraktion sei es nicht mehr in Frage, ob überhaupt Mittel zur Deckung der Heeresvorlage bewilligt werden, sondern nur: wie sollen die Mittel für die Heeresvorlage aufgebracht werden. Selbst wenn nun die Fraktion nicht vorhanden gewesen wäre, doch indirekte Steuern angenommen werden, so hätte unsere Fraktion doch für die direkten Steuern stimmen müssen. Eine Partei muß sich doch, wenn sie sich nicht lächerlich machen will, bei den Abstimmungen stets zu erhalten.

Die Fraktion tritt Genosse Riem dem Reiteren entgegen. Er sei erstaunt über die fulminante Anklage, die dieser gegen die Fraktion gebracht habe. Sellen habe er so viele Widersprüche ausgetauscht, dass sie nicht mehr in Frage steht, ob überhaupt Mittel zur Deckung der Heeresvorlage bewilligt werden, sondern nur: wie sollen die Mittel für die Heeresvorlage aufgebracht werden. Selbst wenn nun die Fraktion nicht vorhanden gewesen wäre, doch indirekte Steuern angenommen werden, so hätte unsere Fraktion doch für die direkten Steuern stimmen müssen. Eine Partei muß sich nicht lächerlich machen will, bei den Abstimmungen stets zu erhalten.

Genosse Röhl hat ebenfalls bestanden, daß die Sozialdemokratie die direkten Steuern abgelehnt hätte. Wenn Nationalliberale und Zentrum dienten für direkte Steuern gestimmt haben, so haben sie das nur getan aus Furcht vor einem weiteren Aufschwung der sozialdemokratischen Stimmen. Von dieser Furcht aber wären sie sofort bereit gewesen, sowie die Sozialdemokratie gegen direkte Steuern stimmt. Hätten sie doch dann den Wählern sagen können, es mag auch nichts, wenn ihr Sozialdemokratie wählt. Mögen sie auch noch so sehr befürchten, daß sie für direkte Steuern sind, wenn es zum Klappen kommt versagen sie doch. Ein Verlust an Mandaten sei doch nicht so ganz leicht zu nehmen, wo die Gegner auf dem Sprunge sind, die Arbeiter auf jede Art zu knebeln. Die Behauptung Mühl's, daß es gar nicht möglich gewesen wäre, aus indirekten Steuern noch mehr herauszuholen als bisher, sei nicht richtig. Man hätte zum Beispiel noch indirekte Steuern auf Margarine, Butter oder Käsefettzölle einführen können, ganz abgesehen von der Frage, ob man nicht die bestehenden indirekten Steuern noch erhöhen kann. Außerdem bestand bei Ablehnung der direkten Steuern durch die Sozialdemokratie die Gefahr, daß die Entscheidung über die Bedeutung in die Einzellandes verschieben würde, wie das ja die Regierung auch verlangt hatte. Sache der Sozialdemokratie müßte aber so, daß einzutreten, daß die Macht des Reichstags möglichst erweitert wird. Wenn man jetzt im Reichstag die Deckungsvorlagen des Verwendungszweckes wegen abgelehnt hätte, so müßte man immer im Reich gegen direkte Steuern stimmen, weil diese doch stets zum größten Teil zur Deckung von Rüstungsausgaben, oder zur Belebung eines durch die Rüstungsausgaben entstandenen Defizits dienen. Wir müßten dann zu dem Pausus in unserem Programm, in dem direkte Steuern gefordert werden, hinzufügen, daß er für das Reich seine Gültigkeit haben soll. Wenn es zulässig ist, dafür zu stimmen, daß indirekte Steuern durch direkte Steuern ersetzt werden, so müßte es auch zulässig sein, direkte Steuern anzunehmen, um das Zustandekommen indirekter Steuern zu verhindern. Auch die Beschaffenheit der angenommenen Steuervorlagen wäre nicht so, daß für die Sozialdemokratie ein Grund vorliegen würde, die Vorlage abzulehnen. Die Fraktion habe gute Arbeit geleistet, und wir können ihr Dank wissen, daß sie die Vorlagen angenommen hat.

Im Schlusssatz Wendet sich Mühl besonders gegen Riem, der sich darüber beschwert habe, daß Interna aus der Fraktion vorgetragen werden seien. Seit wann sei denn die Fraktion der hohe Olymp, von dem nichts an die Ohren der armen Sterblichen gelangen dürfe? Die Parteigenossen müßten von den Vorgängen in der Fraktion unterrichtet werden. Es sei sogar notwendig, daß sie auch die Haltung der einzelnen Abgeordneten erfahren. Dann könnten sie darüber richten und auf manchen erzieherisch einwirken. Riem, Stöckel und Söhlz hätten sich an Nebenökonomie festgesammelt und seien nicht zum Atem gekommen. Es sei als Ursache vorhanden, die Dinge pessimistisch anzusehen. Jedenfalls sei eine angenehme Entwicklung besser als ein enttäuschender Optimismus. Es müsse darauf gebeten werden, hinzufügen, daß die wieder prinzipielle, aus großen Gesichtspunkten geborene Politik getrieben werde.

In einer persönlichen Bemerkung verabschiedet sich Genosse Riem gegen die Annahme Mühles, er (Riem) verurteilte es, daß Interne Vorgänge in der Fraktion vor die Genossen im Lande gebracht werden. Er habe lediglich verlangt, daß, wenn einmal solche Vorgänge besprochen werden, auch die Gegenseite gehört werden müsse. Nach anderen persönlichen Bemerkungen äußert sich Mühl noch zu den Vorwürfen, daß sein Konservat bestellt worden sei. Es seien alle Abgeordneten des Agitationsbüros eingeladen worden und hätten als Gelegenheit gehabt, dem Reiteren entgegenzutreten. Auch ihm wäre es lieb gewesen, wenn Genosse Grabmayer, der in dem Bericht ist, hätte antreten können. Aber es konnte nicht längere Zeit mit der Versammlung gewartet werden. Hierauf wird die äußerst anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Kämpfer berufen, aber viele der alten Kämpfer seien es gewesen, die für die Besitzsteuer gestimmt haben. Die ganze Frage sei also wirklich keine Richtigungsfrage. Gewiß kann nie genug an präzisierter Richtigung gesorgt werden, aber es sei keine Ursache vorhanden, so bestimmt ist die Zukunft zu schauen wie Mühl. Besser wäre es, unseren Erfolg, der darin besteht, daß die Massen vor neuen Lasten befreit wurden, agitatorisch auszunehmen und daraus neue Kraft zu schöpfen.

Genosse Sachse: Schon der Internationale Kongress habe entschieden, daß für direkte Steuern gestimmt werden sollte. Da hätten die Genossen schon längst protestieren können. Im Reichstag stand gar nicht mehr in Frage, ob überhaupt Mittel zur Deckung der Heeresvorlage bewilligt werden, sondern nur: wie sollen die Mittel für die Heeresvorlage aufgebracht werden. Selbst wenn nun die Fraktion nicht vorhanden gewesen wäre, doch indirekte Steuern angenommen werden, so hätte unsere Fraktion doch für die direkten Steuern stimmen müssen. Eine Partei muß sich doch, wenn sie sich nicht lächerlich machen will, bei den Abstimmungen stets zu erhalten.

Genosse Röhl bestreitet ebenfalls, daß die Regierung keine indirekten Steuern mehr erheben könnte. Wenn es die Fraktion des Konservativen und dem Zentrum überlassen hätte, die Deckungsmittel zu befordern, dann wären die Steuern auf jeden Fall anders ausgefallen. Wenn Mühl verlangt, daß bei der Billigung der Steuern vor allem der Pausus ins Auge gefaßt werden sollte, so müßte dem entgegenhalten werden, daß der Pausus jeder Steuer die Erhaltung des Staates und die Stärkung seiner Machtmittel bedeutet, also müsse jede Steuer abgelehnt werden, worauf sich schließlich der Bankrott des Parlamentarismus ergeben. Die Haltung der Fraktion habe dem entsprochen, was von ihr verlangt werden konnte. Sie möge zum Besten der Partei und des Volkes auf diesem Wege weiterreisen.

Genosse Röhl bestreitet ebenfalls, daß die Regierung keine indirekten Steuern mehr erheben könnte. Wenn es die Fraktion des Konservativen und dem Zentrum überlassen hätte, die Deckungsmittel zu befordern, dann wären die Steuern auf jeden Fall anders ausgefallen. Wenn Mühl verlangt, daß bei der Billigung der Steuern vor allem der Pausus ins Auge gefaßt werden sollte, so müßte dem entgegenhalten werden, daß der Pausus jeder Steuer die Erhaltung des Staates und die Stärkung seiner Machtmittel bedeutet, also müsse jede Steuer abgelehnt werden, worauf sich schließlich der Bankrott des Parlamentarismus ergeben. Die Haltung der Fraktion habe dem entsprochen, was von ihr verlangt werden konnte. Sie möge zum Besten der Partei und des Volkes auf diesem Wege weiterreisen.

Genosse Röhl bestreitet ebenfalls, daß die Regierung keine indirekten Steuern mehr erheben könnte. Wenn es die Fraktion des Konservativen und dem Zentrum überlassen hätte, die Deckungsmittel zu befordern, dann wären die Steuern auf jeden Fall anders ausgefallen. Wenn Mühl verlangt, daß bei der Billigung der Steuern vor allem der Pausus ins Auge gefaßt werden sollte, so müßte dem entgegenhalten werden, daß der Pausus jeder Steuer die Erhaltung des Staates und die Stärkung seiner Machtmittel bedeutet, also müsse jede Steuer abgelehnt werden, worauf sich schließlich der Bankrott des Parlamentarismus ergeben. Die Haltung der Fraktion habe dem entsprochen, was von ihr verlangt werden konnte. Sie möge zum Besten der Partei und des Volkes auf diesem Wege weiterreisen.

Genosse Dr. Witschel wurde nach seinem Weggege aus Deutschland Dozent der Sozialwissenschaften an der italienischen Hochschule in Turin. Jetzt ist er einem Kurs als außerordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Universität Basel gefolgt.

Eine Agitationssitzung nach Nordwesten. Wie der Kemptener Hochwart meldet, wird der Genosse Philipp Scheidemann am 30. September d. J. in Neuburg eintreffen. Er wird eine auf etwa sieben Wochen berechnete Agitionssitzung durch die Vereinigten Staaten, von Boston bis Denver, unternehmen. Das Nationalkomitee der deutschen Sprachgruppe fordert auf, daß diese Gelegenheit, einen der sozialdemokratischen Fließgutsabgeordneten in ihrer Mitte zu haben, nicht entgehen zu lassen und schenkt die Sitzungsfähigkeit bei ihm anzumelden.

